

SESSIONSBERICHT

Nr. 24 • Herbst 2025



Ihr EVP-Team im Nationalrat

NIK GUGGER, ZH
nik.gugger@parl.ch
079 385 35 35

MARC JOST, BE
marc.jost@parl.ch
076 206 57 57

Erfolgreiches EVP-Duo

Liebe Leserinnen und Leser

Die EVP ging wieder mit voller Stärke in die Herbstsession: Nachdem Nik Gugger aufgrund eines Verkehrsunfalls länger ausfiel, konnte er nun wieder in den Parlamentsbetrieb starten. Und wie er startete! Am ersten Tag war er gleich mit einem Postulat erfolgreich und am dritten Tag gelang ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen das geplante Verbot internationaler Adoptionen. Auch Marc Jost blickt auf eine Session mit persönlichen Erfolgen zurück, die sein Wirken in der Staatspolitischen Kommission zeigen.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre unseres Sessionsberichts und danken für Ihr Interesse!

Ihr EVP-Team im Nationalrat
Nik Gugger und Marc Jost

In diesem Bericht	Seite
Tabaksteuer	2
«Ewigkeits-Chemikalien» PFAS	2
Aus dem Ständerat	3
Kein Adoptions-Verbot	3
Finanzierung 13. AHV-Rente	3
Volksinitiativen behandelt	4
Politische Rechte	5
Referendum Zivildienstgesetz	5
Eingereichte Vorstösse	6

Es ist an der Zeit die Tabaksteuer zu überprüfen

Der Nationalrat hat mit 98 zu 90 Stimmen ein Postulat von Nik Gugger angenommen, dass den Bundesrat auffordert, zu überprüfen, ob die Tabaksteuer in der Schweiz erhöht werden sollte. Insbesondere soll der Bundesrat prüfen, ob die aktuellen und teilweise sehr tiefen Steuersätze auf die verschiedenen Tabak- und Nikotinprodukte noch den heutigen Bedürfnissen von Gesundheits- und Jugendschutz entsprechen.

Die Tabaksteuer in der Schweiz ist – gemessen an der Kaufkraft – eine der niedrigsten in Europa. Sie entspricht nicht annähernd der von der WHO empfohlenen Höhe der Besteuerung (75%). Dies, obwohl der Konsum von Tabak- und Nikotinprodukten jährlich für 10'000 Tote und Milliarden von Gesundheitskosten in der Schweiz verantwortlich ist.

Gerade jetzt, wo es darum geht, Quellen zur Finanzierung der 13. AHV-Rente zu finden, liegt es Nahe, sich die Tabaksteuer genauer anzuschauen, da diese in Gänze dem AHV-Fonds zugutekommt.

Die Worte von Bundesrätin Keller-Sutter im Ratssaal zum Postulat, «der Bundesrat will keine Steuererhöhung», lassen keinen Zweifel, dass der Bundesrat bzw. das Finanzdepartement keine grosse Hilfe sein wird bei der Umsetzung des Postulats. Es wird an der EVP und ihren Partnern liegen, mit wachsamem Auge darauf zu achten, dass dieser Auftrag von der Bundesrätin nicht unter den Tisch fallen gelassen wird.

«Ewigkeits-Chemikalien» PFAS

Als PFAS bezeichnet man verschiedene chemische Stoffe, die kaum natürlich abbaubar und mehr oder weniger toxisch sind. Sie werden in der Industrie zum Beispiel aufgrund ihrer wasserabweisenden Eigenschaft für Regenjacken, Bratpfannen oder in Löschschaum verwendet.

Gelangen diese Stoffe aber in die Umwelt können sie an Natur und schlussendlich am Menschen grossen Schaden anrichten und Krankheiten auslösen.

Im Nationalrat wurde deshalb die Frage der Reinigung von mit PFAS verunreinigtem Wasser und Boden behandelt. In der Regel kommen hier schon heute und noch viel mehr in Zukunft enorme Kosten auf die Allgemeinheit zu.

Eine Parlamentsmehrheit hat nun beschlossen, betroffene Bauern aus dem Staatshaushalt zu unterstützen. Entgegen der Haltung der EVP wurde leider aber auch entschieden, dass die Schweiz für Verbote von besonders schädlichen PFAS eigene Listen führen möchte, statt sich an der EU zu orientieren. Es besteht die Gefahr, dass die Interessen der Industrie nun über jene der Gesundheit der Bevölkerung gestellt werden.



Wir sind wieder komplett

Die EVP-Nationalräte starten wieder gemeinsam in die Herbstsession.



Am ersten Tag erfolgreich

Nationalrat nahm das Postulat von Nik Gugger an.



Herzliche Gratulation 70 Jahre EVP Thurgau

Marc Jost feierte am Sessionswochenende das Jubiläum der EVP Kanton Thurgau.



Aus dem Ständerat:

Gewaltfreie Erziehung im Zivilgesetzbuch verankert

Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat klar Stellung bezogen, dass Gewalt in der Erziehung keinen Platz haben darf. Die gewaltfreie Erziehung wird nun im Zivilgesetzbuch verankert und die Kantone werden in die Verantwortung genommen, dass Kinder und Eltern Beratungsangebote für Erziehungsfragen zur Verfügung stehen.

Ein wichtiger Schritt zum Schutz der Kinder.

Stimmen und Wählen auch mit Beistandschaft

16'000 Schweizerinnen und Schweizer werden heute vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen. Weil sie unter umfassender Beistandschaft stehen, entzieht die Bundesverfassung ihnen sämtliche politische Rechte – ungeachtet, ob sie sich eine politische Meinung bilden können oder gar grosses Interesse an der Politik zeigen. Stossend ist auch, dass die Kantone die Beistandschaft in sehr ungleichem Ausmass einsetzen.

Marc Jost will dies ändern und brachte deshalb die Forderung der sogenannten «Behindertensession» in die Staatspolitische Kommission des Nationalrates. Daraus folgte eine Kommissionsmotion, die zuerst im Nationalrat und nun auch im Ständerat angenommen wurde. Der Bundesrat wird also beauftragt, eine Verfassungsänderung vorzubereiten, welche er den Räten unterbreitet und schlussendlich dem Stimmvolk vorgelegt wird.



EVP-Petition zeigt Wirkung: Nationalrat will kein Adoptionsverbot

Als Adoptivkind aus Indien kämpfte Nik Gugger an vorderster Front gegen die Pläne des Bundesrates, internationale Adoptionen zu verbieten. Seine Petition konnte im April mit über 10'000 Unterschriften eingereicht werden.

Nun entschied der Nationalrat auf Vorstoss seiner Rechtskommission: Der Bundesrat muss auf seinen Entscheid zurückkommen und bei internationalen Adoptionen stattdessen Kontrollmechanismen und Transparenz verstärken. Mit 151 Stimmen war das Resultat in der Grossen Kammer äusserst deutlich.

Nun geht die Motion in den Ständerat. Stimmt auch dieser zu, ist das Adoptionsverbot vom Tisch, noch bevor der Bundesrat die Vernehmlassung gestartet hat.

Finanzierung 13. AHV-Rente

Ab 2026 wird die vom Volk beschlossene 13. AHV-Rente erstmals ausbezahlt. Sie verursacht jährliche Mehrkosten von über 4 Milliarden Franken. Im Nationalrat stand nun die Frage der Finanzierung auf der Traktandenliste. Mit knapper Mehrheit entschied der Rat, die Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte zu erhöhen – befristet bis 2030. Damit folgte er dem Bundesrat und seiner Sozial- und Gesundheitskommission. Ziel ist es, den AHV-Fonds bis 2030 stabil zu halten. Kritikerinnen und Kritiker weisen jedoch zurecht darauf hin, dass eine reine Mehrwertsteuer-Finanzierung Haushalte mit tiefem Einkommen besonders belastet.

Der EVP war wichtig, dass die Finanzierung nicht einseitig über höhere Lohnbeiträge oder allein über die Konsumentinnen und Konsumenten erfolgt. Sie unterstützte deshalb die Minderheit eines Mitte-Vertreters, die eine gemischte Lösung vorschlug: eine schrittweise Erhöhung der Mehrwertsteuer kombiniert mit einer moderaten Erhöhung der Lohnbeiträge. Dieser Kompromiss scheiterte jedoch knapp.

Das Geschäft geht nun zurück an den Ständerat. Sollte die Mehrwertsteuer-Erhöhung Teil der Vorlage bleiben, wird am Ende das Volk das letzte Wort haben.

Diverse Volksinitiativen behandelt

Faire Bundessteuern auch für Ehepaare

Einen schweren Stand im Nationalrat hatte die Fairness-Initiative der Mitte, welche die EVP mitgetragen hat. Die EVP-Nationalräte verteidigten dennoch diese Initiative als beste Lösung, um die Heiratsstrafe abzuschaffen, ohne neue Ungerechtigkeiten zu schaffen. Die Parlamentsmehrheit verfolgt mit der bereits beschlossenen Individualbesteuerung aber leider einen anderen Weg. Umso wichtiger ist das laufende Referendum gegen diesen Steuer-Schwindel.

Pelzinitiative

In die Schweiz soll kein tierquälerisch erzeugter Pelz importiert werden dürfen. Diese Forderung der Pelzinitiative teilt auch der Bundesrat und unterbreitete einen guten, griffigen indirekten Gegenvorschlag. Die EVP begrüßte diesen Fortschritt im Tierschutz und die rasche Umsetzung auf Gesetzesstufe. Besonderes Engagement war aber noch nötig, um einen Verwässerungsangriff abzuwehren: Eine Kommissionsmehrheit wollte die Zertifizierung von Pelzen der Industrie selbst überlassen und damit völlig unzureichende Zertifikate anerkennen. Das hätte den gesamten Gegenvorschlag zunichte gemacht. Glücklicherweise hat der Nationalrat korrigiert. Das Geschäft geht in den Ständerat.

Bargeldinitiative

Nachdem der Nationalrat sich bereits in der Frühjahrsession für den direkten Gegenentwurf zur Bargeldinitiative aussprach, folgte nun die Differenzbereinigung mit dem Ständerat und die Schlussabstimmung. Der Nationalrat liess sich hier noch durch die «Chambre Reflexion» belehren: Unsere Währung soll in der Verfassung als «Franken» und nicht als «Schweizer Franken» verankert werden, so steht es schliesslich auch auf unseren Banknoten.

Nachhaltigkeitsinitiative

Der Nationalrat hat ebenfalls die Nachhaltigkeitsinitiative behandelt, die das Bevölkerungswachstum in der Schweiz bis 2050 auf maximal 10 Millionen Menschen begrenzen wollte. Ab 9,5 Millionen sollten Bund und Kantone verpflichtet werden, Gegenmassnahmen einzuleiten – als letztes Mittel sogar mit der Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU.

Die EVP hat diese Initiative klar bekämpft. Sie hat betont, dass eine starre Obergrenze keine nachhaltige Lösung darstellt und die Schweiz ihre bewährten bilateralen Beziehungen nicht aufs Spiel setzen darf. Gleichzeitig hat die EVP anerkannt, dass die starke Zuwanderung reale Herausforderungen mit sich bringt. Sie hat deshalb unterstrichen, dass ein Gegenvorschlag Raum für praktikable Lösungen bieten könnte: mit einer besseren Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt, einer verstärkten Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials sowie raumplanerischen und infrastrukturellen Massnahmen zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs.

Der Nationalrat hat die Initiative – mit Ausnahme der gesamten SVP-Fraktion – einstimmig abgelehnt. Auf den Gegenvorschlag ist er jedoch nicht eingetreten. Damit kommt die Initiative nun leider ohne Gegenvorschlag vor das Volk.

Das haben wir eingereicht

Überparteilicher Vorstoss zu 6 Wochen Ferien.



Vorstoss «Gaza» mit 5 Fraktionen



Gemeinsames Postulat «Volksmotion» eingereicht!



Ukraine Forum

Begrüssung durch Co-Präsident Nik



Politische Rechte

Wussten Sie, dass Initiantinnen und Initianten von Volksinitiativen jeweils ihre private Wohnadresse auf dem Unterschriftenbogen abdrucken lassen müssen? Und wussten Sie, dass sehbehinderte Menschen bei Abstimmungen ihre Stimme nicht selbständig abgeben können und ihr Stimmrecht so nicht gewahrt ist?

Diese beiden Datenschutz-Misstände gingen wir mit einer Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte an. Auf dem Unterschriftenbogen stehen künftig statt der genauen Adresse der Initianten nur ihr Wohnort und Geburtsdatum. Und sehbehinderten Stimmberechtigten muss künftig ermöglicht werden, ihre Stimme selbständig abzugeben. Marc konnte hier in der zuständigen Kommission und anschliessend im Rat noch eine Verschärfung durchbringen, dass dies nicht nur «erleichtert» werden muss. Diese Änderung lässt sich wohl relativ leicht umsetzen durch ein gutes Layout der Unterlagen, welche mit einer Schablone benutzt werden können.

Marc Jost setzte sich besonders stark auch dafür ein, dass sich der Bund auch mit Massnahmen zur Demokratieförderung engagiert und Angebote der politischen Bildung unterstützt. Auch die gesetzliche Grundlage für Pilotversuche mit E-Collecting wurde geschaffen.

Das Geschäft geht in den Ständerat.

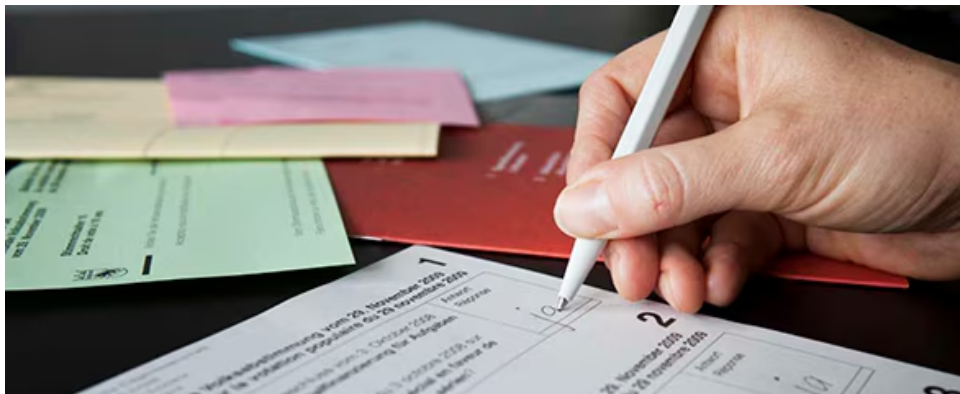


Foto: eda.admin.ch

Referendum nötig: Zivildienstgesetz

Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat eine Teilrevision des Zivildienstgesetzes beschlossen. Der Wechsel in den Zivildienst soll deutlich unattraktiver gemacht werden, um so mehr junge Männer im Militär zu halten. Für uns ist klar: Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann jederzeit auftreten. Diverse Massnahmen sollen diesen betroffenen nun den Wechsel massiv erschweren und die Vereinbarkeit von Zivildienst und Familie bzw. Ausbildung und Beruf schwächen.

Der Bundesrat rechnet mit diesen Massnahmen mit einem Rückgang der Zulassungen zum Zivildienst von 40 Prozent bei 16 Prozent weniger Dienstagen im Zivildienst. Der dadurch verursachte gesellschaftliche Schaden in Alterszentren, Schulen, im Umweltschutz und diversen weiteren Bereichen wäre gross.

Die EVP wird sich deshalb am Referendum gegen diesen Angriff auf den Zivildienst beteiligen.

Besuch im Bundeshaus

Aus Peru, die christliche Kirche Puno.



Austausch mit Heiner Studer, Bishwo Bhandari (christlicher Anwalt aus Nepal), Matthieu Dobler (CEO Interaction).



Bettagsbegegnung mit Frank Heinrich, ehem. CDU-Bundestagsabge. und Berufskollege bei der Evangelischen Allianz.



Unternehmer zu Besuch bei Nik.





In dieser Session eingereichte Vorstösse:

MARC JOST

[Motion \(25.4334\)](#) – Effizientere Verfahren zur Rückerstattung von Potentatengeldern (SRVG) →

[Motion \(25.4051\)](#) – 6 Wochen Ferien in der Lehre: Berufsbildung stärken →

[Postulat \(25.4094\)](#) – Für ein neues Instrument der demokratischen Mitwirkung: die Volksmotion auf Bundesebene →

[Postulat \(25.4350\)](#) – Freiwilliges Engagement zur Stärkung der Demokratie und des Gemeinwohls nutzen →

[Interpellation \(25.4199\)](#) – Kostenfreie Abtreibung als Verhütungsmittel? Massnahmen zur Prävention →

[Frage \(25.7606\)](#) – Kostenlose Abtreibung - was gab den Anstoss? →

[Frage \(25.7604\)](#) – Taliban-Regierungsbeamte in der Schweiz und völkerrechtliche Verpflichtungen →

[Alle Vorstösse von Marc Jost](#) →

NIK GUGGER

[Motion \(25.4129\)](#) – Respect du droit international humanitaire (à GAZA) →

[Interpellation \(25.4342\)](#) – Warum bezahlen Steuerzahlende 85 Prozent der Gebühren für die Zulassung von Pestiziden? →

[Postulat \(25.4346\)](#) – Keinen Spielertourismus von gesperrten Spielerinnen und Spieler in und aus der Schweiz →

[Interpellation \(25.4348\)](#) – Gibt die Schweiz ihre digitale Souveränität auf? →

[Frage \(25.7863\)](#) – Steuerdebakel Waadt: Finanzausgleich betroffen? →

[Frage \(25.7857\)](#) – Wie sieht es mit den Risiken von Pyrethroiden für Menschen und Insekten aus? →

[Alle Vorstösse von Nik Gugger](#) →